

Handelsblatt.com

09.09.2009

Wählergunst

Umfrageschock: Linkspartei punktet kräftig

von Barbara Gillmann

Die Aufregung im politischen Berlin ist groß: Wird es nach dem 27. September nun doch nichts mit der schwarz-gelben Bundesregierung, die sich schon so deutlich am Prognosehimmel abzeichnete? Schuld ist die Linkspartei, die bei der jüngsten Fortsa-Umfrage deutlich zulegen konnte.



Der Spitzenkandidat der thüringischen Linkspartei, Bodo Ramelow, scheint zum neuen Sympathieträger der Partei zu werden. Quelle: ap

BERLIN. Bei Forsa hat die Linkspartei binnen einer Woche satte vier Punkte zugelegt und notiert nun bei 14 Prozent. Das bürgerliche Lager ist erstmals seit Januar unter die 50-Prozent-Marke gerutscht.

Wie konnte das passieren? Fährt die Linke, die sich gern als "Friedenspartei" geriert, nun die Ernte ihres kategorischen Neins zum Afghanistan-Einsatz ein, weil ein deutscher Kommandeur Taliban und Zivilisten bombardieren ließ? Eher nicht, sagen Wahlforscher und Politiker. Denn die Nachrichten vom Hindukusch flossen nur zu einem geringen Teil noch zeitlich in die Umfrage ein.

Forsa-Chef Manfred Güllner selbst erklärt den Boom der Linken hauptsächlich mit der Diskussion über rot-rote Bündnisse in Thüringen und dem Saarland. Holger Liljeberg vom Meinungsforschungsinstitut Info ergänzt: "Am linken wie am rechten Rand trauen sich die Leute oft nicht, Sympathien zuzugeben. Das ändert sich, wenn sie sehen, dass diese Parteien auch von anderen gewählt werden." Dieser Effekt könne sich wieder verflüchtigen -

"muss aber nicht".

Punkte macht seit den Landtagswahlen vor allem der Thüringer Linken-Spitzenkandidat Bodo Ramelow. Er kommt bei Anne Will & Co. sympathisch und pragmatisch rüber, hat weder den Hautgout des abtrünnigen Verräters, der Lafontaine anhängt, noch den des amüsanten "Hofnarren" der Republik, Gregor Gysi.

Ein weiterer Aspekt komme hinzu, meint Güllner: "Es kehren wieder Leute zur Linken zurück, die sie während der Wirtschaftskrise verlassen haben." Das wirft die Frage auf: Wenn Afghanistan bisher nicht ausschlaggebend war, kann die Linke dann bis zur Wahl noch mehr Wähler gewinnen oder sich zumindest auf hohem Niveau stabilisieren?

Das Thema Afghanistan - so viel ist sicher - wird den Wahlkampf bis zum Ende prägen. Die Debatte hat mit den Bomben, die die Kanzlerin zu einer Regierungserklärung nötigten, erst begonnen. Soeben veröffentlichten beispielsweise 25 Künstler und Intellektuelle, darunter der Schriftsteller Martin Walser, einen Aufruf, die deutschen Truppen bis 2011 aus Afghanistan abzuziehen.

Die Wahlforscher tun sich schwer, die Effekte der Afghanistan-Diskussion auf die Linke zu prognostizieren. Politiker anderer Parteien geben sich demonstrativ gelassen. "Ich glaube nicht, dass die Linke von der Afghanistan-Debatte noch zusätzlich profitiert", sagte Grünen-

Spitzenkandidat Jürgen Trittin dem Handelsblatt. "Dagegen spricht auch, dass zur Demo der Linkspartei gegen den Afghanistan-Einsatz nur wenig Hundert Menschen kamen."

Linken-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch hingegen ist "mit knapp tausend Leuten auf einer Demo, für die wir erst wenige Stunden zuvor aufgerufen haben, sehr zufrieden". Auch er geht davon aus, dass die Afghanistan-Frage in den Umfrageergebnissen "noch nicht richtig wirksam" war - dass hier also noch mehr für seine Partei drin ist. Vorsorglich warnt er die Linke sogar davor, übermütig zu werden.

Neben den Grünen bricht angesichts des Umfrage-Hochs der Linkspartei auch bei der SPD nicht gerade Panik aus. Die Stimmung lässt sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Es ist nicht schön, wenn die Linkspartei zulegt, aber wenn so Schwarz-Gelb platzt - prima!

Die Grünen stellen sich schon einmal darauf ein, nach dem 27. September mit allen zu reden, also auch mit den bürgerlichen Parteien. "Wir werden keine demokratische Partei von Gesprächen ausschließen", sagte Trittin. "Aber verhandeln werden wir nur mit Parteien, mit denen nach einer Sondierung Veränderungen in Richtung grüner Politik wahrscheinlich erscheinen." Ein kleiner Parteitag der Grünen soll eine Woche vor der Wahl ein Sofortprogramm beschließen, das Forderungen für mögliche Koalitionsverhandlungen enthält - etwa einen Untersuchungsausschuss zum umstrittenen Atom-Endlagerstandort Gorleben. Die Latte soll so hoch gehängt werden, dass der Parteitagsbeschluss gegen Jamaika fast automatisch gültig bleibt.

Grüne und SPD bauen darauf, dass die FDP am Ende doch eine Ampel mitmachen wird. Im bürgerlichen Lager steigt jedoch die Nervosität. Erstmals müssen sich Union und Liberale damit trösten, dass ihr Absacken unter die 50-Prozent-Marke noch nicht das Aus bedeutet: Auch wenn Schwarz-Gelb es bei Forsa und Allensbach nur noch auf 49 bzw. 48 Prozent bringt - die drei anderen Parteien haben zusammen noch ein bis drei Punkte weniger.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrageschock-linkspartei-punktet-kraeftig;2455047>

© 2009 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**
Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).